

Fest darin der Eisennagel – und du hängst daran. Es ist, als ob du deine Hand um ihn schließt: um unsere Schuld, um meine Schuld; als ob du noch die Hand ergreifen wolltest, die den Nagel einschlug.

Konzentrierter können Haß und Liebe nicht ineinander sein; der Haß der Welt – deine Liebe.

So hat sich in dir Gott ausgeliefert – in unsere Geschichte. Die ganze schwere, harte Welt liegt in deiner Hand.

Du hältst diese Hand Gott hin mit dem Mal darin. Und immer bleibt dir dieses Mal. Eine angenagelte, stillgelegte Hand – und doch ist sie unser Leben. Diese Hand trägt die Welt, diese Hand trägt mich.

Priester: Diese Hand – sie wird gehalten von Gottes Hand.

Sie ist von Gottes Hand umfassen, auch wenn es nicht sichtbar ist. So ist auch mein Leben von Gottes Hand umfassen, auch wenn ich es nicht sehe.

So bin ich von Gottes Hand umfassen mit meinen Schwierigkeiten, mit meiner Not, selbst im Tod.

Orgelspiel

Stille Besinnung

Gebet: „Herr, vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“ (mit Zwischentext „Gott, du kennst mich . . .“ Ps. 139)

Vergebensbitte – Vater unser – Segen – Schlußlied

Reinhard Voß

Für eine Ethik des Teilens

Die folgenden Erfahrungsberichte und Beispiele zeigen, wie Arbeitslosigkeit solidarisch aufgefangen und Arbeit geteilt werden kann. Es werden aber auch andere Probleme unserer Konsumgesellschaft angesprochen. red

Eine „Lernbewegung für einen neuen Lebensstil“ will die „Ökumenische Initiative Eine Welt“ in Gang setzen. Seit 1976 hat sie

sich in vielen Beiträgen damit befaßt, wie das Bewußtsein ökumenischer Zusammengehörigkeit im Alltag umgesetzt werden könnte und wie ein einfacherer, umweltbewußter, gesprächsbereiter und solidarischer Lebensstil die Bereitschaft zum Umdenken in der Öffentlichkeit und zu einer neuen Politik fördern könnte. Nicht Besitzstandswahrung und -absicherung, sondern Schritte auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit, nicht die „Politik der Stärke“, die andere abschreckt, sondern die „Ethik des Teilens“ wollen wir voranbringen. Dabei beginnt man nachzudenken über viele neuralgische Punkte des Alltags, über Ernährungsverhalten, Autogebrauch, Energiesparen ebenso wie über Konsum, Einkaufen und Verpackungswesen. Und man stößt überall darauf, daß unser Wohlstand aufgebaut ist auf Kosten anderer – auf Kosten der Natur, auf Kosten der Rohstofflieferanten, Sklaven der herrschenden Weltmarktpreise, und der Arbeiter, denen die herrschenden Firmen kein gerechtes Entgelt zahlen. Und dann kommt man – kamen wir – auch nicht um die Einsicht herum, daß es mit der *Gerechtigkeit im eigenen Land* nicht so gut bestellt ist. Die „Eine Welt im eigenen Land“ in Gestalt von Millionen ausländischer Mitbürger wird ebenso wenig ernst genommen wie die Millionen Arbeitslosen. Hat es nicht auch mit einem „neuen Lebensstil“ zu tun, so zu leben, zu verdienen und zu verbrauchen, daß es nicht auf deren Kosten geschieht? Reicht es noch, auf die Sozialbürokratie und darauf zu verweisen, daß „bei uns niemand zu hungern braucht“, wenn man weiß, daß staatliche Sozialhilfe von den meisten Mitbürgern nicht als Recht in der Not, sondern als Schande und Diskriminierung empfunden wird, daß die Sozialausgaben in den letzten vier Jahren beständig geringer im Bundeshaushalt ausfallen, obwohl die „neue Armut“ steigt (1983 wurden 33,6% = 85,22 Mrd. DM, 1984 nur noch 23,2% = 59,50 Mrd. DM veranschlagt), und daß ein sogenannter Wirtschaftsaufschwung offensichtlich auf dem Rücken von immer mehr Arbeitslosen in Gang gesetzt wird?

Wir sind jedenfalls zu der Überzeugung gekommen, daß nur eine *neue Ethik des Teilens* in unserer Gesellschaft mehr Gerechtigkeit

schaffen wird und daß eine daraus wachsende Praxis bescheideneren Lebens auch weltweite Signalfunktion haben wird. Bei Gesprächen in Indien, wo ich im letzten Februar mit Vertretern vieler Länder der sogenannten Dritten Welt zusammenkam, fand ich erstaunte bis erfreute Reaktionen darüber vor, daß in einem der reichsten Länder der Erde – und nicht nur in der BRD – ein Prozeß der Besinnung und des Umdenkens in Gang kommt. Denn würde die ganze Welt so leben wie wir, sie würde nicht mehr lange existieren; sie ginge an ihrer eigenen Opulenz zugrunde.

Die *Ökumenische Initiative Eine Welt* selbst ist ein Beispiel dafür, wie das Umdenken vieler einzelner auch neue Strukturen fördert. Nicht nur die 3prozentige freiwillige Abzweigung vom Nettogehalt für Zwecke der Umwelt-, Friedens- und Gerechtigkeitsförderung steht dafür: Auch ich selber werde mit meiner sechsköpfigen Familie seit fast vier Jahren von Gehaltsabzweigungen anderer getragen – dies schafft ein Abhängigkeitsgefühl im positiven Sinne, die innere Verpflichtung, „gut“ mit diesem Vertrauen und diesem Geld umzugehen. Weiter führte dies dazu, angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit und unserer wachsenden Einsicht, daß nur ein ernsthaftes Teilen von Zeit, Arbeit und Geld wirksame Signale setzen kann, die Stelle zu teilen. Wir hatten durchaus Ängste vor diesem Schritt; diese verfliegen aber sofort nach seiner Verwirklichung, und wir können mit einem $\frac{3}{4}$ -Gehalt auch leben. Dies regt unsere Phantasie sogar an, nicht dieses Geld auf anderen Wegen wieder herinzuholen, sondern durch bewußteres Leben überflüssig zu machen. Man gestaltet mehr selbst; man fragt sich nach den Motiven, bevor man Bedürfnisse befriedigt; man spürt, daß nur so ein emotionaler Zugang zur wachsenden Ungleichheit in unserer Gesellschaft zu gewinnen ist: die „Unfreiwilligen“ und die „Freiwilligen“ gehören zusammen! Erfreulich war es, festzustellen und zu hören, daß viele andere auch, von solcher Betroffenheit angestoßen, ähnliche Schritte gingen. Viele Briefe des letzten Jahres enthielten die Mitteilung, daß man *örtliche und regionale Initiativen zur Gehaltsabzweigung und Selbstbesteuerung* ergriffen habe

und deshalb auf Bundesebene nicht länger mitmachen könne. Das waren Ermutigungen und Bestätigungen, die mehr wogen als die staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme und sogar mehr als die in verschiedenen Diözesen und Regionalkirchen beschlossenen „Haushaltsumschichtungen“ zugunsten von Arbeitslosenprojekten. Denn dort, wo jemand die gesellschaftliche Lage in eigene Betroffenheit umsetzt, zeigt sich eine neue Solidarität, die mehr ist als kirchliche Caritas oder staatliche Fürsorge. Wo persönliche Konsequenzen aus der politischen (und wirtschaftlichen) Situation unseres Landes (und der Weltgesellschaft insgesamt) gezogen werden, nehmen Menschen zeichenhaft vorweg, was alle tun müßten, um wirklich tragfähige Lösungen und „Gerechtigkeit und Frieden“ zu finden.

Da vorerst nur wenige tun, was eine Sache von Mehrheiten werden kann, machen sich diese wenigen gegenseitig Mut. Folgende Briefauszüge mögen das verdeutlichen.

Ein Pastoralreferent schreibt: „M. hat übrigens ab 1. März 1984 eine Stelle als Pastoralassistentin in Krefeld. Durch den Verzicht auf ein halbes Gehalt ist es uns gemeinsam mit einem anderen Theologenehepaar gelungen, die Diözese zu zwei zusätzlich eingerichteten Ausbildungsplätzen zu bewegen. So müssen wir als finanziell bereits gesichertes Paar mit niemandem konkurrieren, der auf eine solche Stelle allein schon materiell angewiesen wäre. Langfristig hat jeder von uns die abgeschlossene Berufsausbildung und die dazugehörige Basiserfahrung. Dann können wir neu disponieren . . .“

Ein Manager schreibt: „Vor ein paar Wochen habe ich mich entschlossen, offiziell die Teilung meines Arbeitsplatzes anzubieten, allerdings mit der Maßgabe, daß ein neuer Mitarbeiter entweder dafür oder als Folge davon an anderer Stelle eingestellt werde . . .“

1. Der konkrete Antrag hat erreicht, daß die Personalleitung a) sich mit dem Gedanken der Arbeitsplatzteilung erstmals überhaupt auseinandersetzt und b) merkt, daß der Abbau von Arbeitsplätzen von Mitarbeitern kritisiert wird und c) an die Vorstellung einer wie immer gearteten „gesellschaftlichen Verantwortung“ erinnert wird. – 2. Es gibt immerhin schon eine Minderheit von Managern, die der Meinung sind, man solle so etwas zumindest einmal ausprobieren. – 3. Zum Teil recht scharfe emotionale Reaktio-

nen zeigen, daß hier ein Nerv getroffen wurde. Immerhin stellt ein solches Beispiel das gängige Ziel der Einkommensmaximierung genauso in Frage wie den Mythos, Manager seien unersetzbar und ihre Aufgaben unteilbar – und hinter allem steht die Frage nach dem Sinn und dem Ziel von Wirtschaft. Dies sind Bereiche, die wohl bisher weitgehend verdrängt werden.“

Ein Lehrer, der zusammen mit seiner Frau und einem zweiten Paar sowie einer weiteren Frau in einer christlich motivierten Hausgemeinschaft mit Gemeinschaftseigentum lebt und derzeit arbeitslos ist, schreibt: „Alles in allem; wir sind privilegiert und haben mehr, als wir direkt brauchen, und können deswegen versuchen, den Überschuß weiterzugeben an andere. Konkret: bei Solaranlage, Energiesparfenstern, Ofen, Wintergarten, Scheune haben wir in jedem Fall Handwerker, Architekten, Planer beauftragt, die in Kollektiven arbeiten, Berufsanfänger etc. sind. Ihre Arbeit war teurer als der Einkauf von Industrieprodukten . . .“

Diese Reihe ließe sich fortsetzen durch Beispiele, wo mehrere *kirchliche Angestellte* durch Teilreduzierungen eine neue Stelle ermöglichen; wo eine *Bildungsreferentin*, die zusammen mit einer Sozialpädagogin wohnt, mit dieser ihr gesamtes Gehalt teilt, weil letztere in einem Basisprojekt arbeitet, das selbst nicht genug Geld für die Gehälter aufbringt; oder wo sich Christen auf ihre „Geschwisterschaft“ besinnen, wie folgender Brief beschreibt, den *ein Theologiestudent* aus Göttingen schickte:

„Die Kirchlich-Ökumenische Geschwisterschaft in Niedersachsen‘, eine aus Theologen und Laien bestehende Initiative, die ‚frischen Wind‘ in die Kirche bringen will und zu der ich mich gehörig zähle, arbeitet recht intensiv an diesen Fragestellungen (der Theologen-Arbeitslosigkeit, R. V.). Wir sagen inzwischen, daß es möglich sein muß, Theologen schon vor dem Vikariat oder der Ordination in Gemeindearbeit einzugliedern . . . Die Gemeinde Scheden-Dankelshausen (z. B.) umfaßt insgesamt fünf Dörfer mit ca. 2250 Gemeindegliedern. Der Pfarrer gehört zur Geschwisterschaft. Aufgrund der Zerstreung der Gemeinde ist die Versorgungssituation in manchen Ortsteilen und/oder Aufgabenbereichen unzureichend. In dem nur einige hundert Seelen zählenden Dorf Bühren werden deshalb ab März (1984) zwei Göttinger Geschwister nach Abschluß

ihres ersten Examens ihre Wartezeit sinnvoll zu nutzen versuchen. Es gibt kircheneigenen, billigen Wohnraum, auch monatliche finanzielle Unterstützung aus Gemeinde- und Kirchenkreismitteln . . . Langfristig wird die Integration von angehenden Theologen auf drei Ebenen geschehen:

1. Noch in Göttingen im Studium befindliche Studenten können in Kirchen-Wohnraum leben und sozusagen nebenberuflich Gemeindearbeit leisten.
2. Auf Wartelisten Stehende können dort fest wohnen und im teilfinanzierten Projekt fast schon hauptberuflich in Gemeindearbeit einsteigen.
3. Als Vikariatsleiter sucht der Pastor eine(n) Anwärter(in) aus den Reihen oder dem Sympathisantenkreis der Geschwisterschaft für ein festes Vikariat.

Wir sind alle sehr gespannt, was bei diesem Vorhaben herauskommen wird. Das gilt besonders, wenn ich daran denke, daß die Idee besteht, unser Zusammenleben an das einer kleinen Kommunität anzugleichen, wenn auch einer auf Zeit.“

Ob nun in der Form bundesweiter Selbstbesteuerung, betrieblicher oder kirchlicher Arbeitsplatzteilung oder gar in neuen Formen von Gemeinschaftseigentum – die vorstehenden Beispiele zeigen an, wie *Arbeitslosigkeit solidarisch aufgefangen* wird. Nun bleibt natürlich die Frage: *sind dies nicht privilegierte Versuche*, gar Absicherungen von Mittelständlern untereinander, und unterhöhlen solche Ansätze nicht gerade die Erfolge über hundertjährigen zähen Ringens um tarifliche Absicherungen von Arbeitern und Angestellten?

Durch die anhaltende und sich weiter ausweitende Arbeitslosigkeit stehen wir aber *vor völlig neuen Fragen und Aufgaben*. Nicht die „Mehr-Verteilung“ der Erwerbsarbeit durch mehr Investition und Nachfrage in Wachstumsfeldern steht an: „Denn ein Konsum, der nur mit erheblichem Werbeaufwand durchzusetzen ist, der lediglich Folgeschäden vergangenen Konsums repariert, der einer Oberschicht in Entwicklungsländern suggeriert werden muß, der bisherige Eigenarbeit in Erwerbsarbeit umwandelt, ergibt wenig Sinn.“ (Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M., Thesen zur Krise, Umwertung und Neuverteilung der Arbeit.)

Was gerade auch unter Einbeziehung der Rationalisierungschancen der neuen Technik

an der Zeit wäre, ist eine „Gleich-Verteilung“ der Erwerbsarbeit (Hengsbach). Und das bedeutet mittelfristig sogar noch erheblich weniger Erwerbsarbeitszeit als die berühmten 35 Stunden in der Woche. Die sozialpolitische Aufgabe der nächsten Jahre wird die tarifliche Abstimmung, gesetzliche Absicherung, flexible Handhabung und *solidarische Neuverteilung vorhandener Erwerbsarbeit* sein. Dies kann nicht ohne Einschnitte in Privilegien gehen – und daher sind gerade zeichenhafte Initiativen aus der sogenannten Mittelschicht als Signale auf dem Wege zu mehr Verteilungsgerechtigkeit von großem Wert.

Sabine Davids, 30jährige arbeitslose Pädagogin, wurde nach einem Jahr bürokratischer Verzögerung als wissenschaftliche Angestellte im Bundesinstitut für berufliche Bildung durch das Angebot von sechs Mitarbeitern eingestellt, auf je ein Achtel ihres Gehalts zu verzichten.

„Die Sechs, die für eine Siebte Platz geschaffen haben, legen auf eine Feststellung besonderen Wert! Sie verstehen ihr Modell nicht als Alternative zur Forderung der Gewerkschaften nach der 35-Stunden-Woche. Sie hoffen auf das soziale Gewissen vor allem bei gut verdienenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst.“ (Fernsehsendung WISO am 10. Jänner 1984 von Sabine Nawroth.)

„Das soziale Gewissen“ wecken, eine neue „Ethik des Teilens“ im öffentlichen Bewußtsein wachzurufen – dies ist wohl der wichtigste Schritt auf dem Wege zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Und dieser Schritt liegt jenseits der Angst, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, Privilegien (und sei es „nur“ das eines Arbeitsplatzes) abzubauen, aber auch jenseits einer Haltung, die durch Spenden vom Überfluß – einer neuen Form der Armenhilfe gewissermaßen – zugleich „Notlinderung“ und Bestätigung des eigenen „besseren“ Status bewirkt.

Etwas anderes als solche einmaligen Spenden zur Beruhigung des schlechten Gewissens – in der Fastenzeit für die Hilfswerke in der „Dritten Welt“, in der Weihnachtszeit für Katastrophenhilfe usw. – sind „Selbstverpflichtungen“ in Form dauerhafter Selbstbesteuerung. Wir haben im letzten Jahrzehnt nicht nur am Beispiel der „Ökumenischen Initiative Eine Welt“, sondern an vielen neuen Initiativen auf Bundesebene in den

neuralgischen Bereichen Umwelt (BBU, Öko-Institut . . .), Frieden (Koordinationsbüro der Friedensbewegung) und Entwicklung (Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt u. v. a.) erlebt, wie Alternativen durch diese Form der Selbsthilfe von unten entstanden und gedanklich fortentwickelt wurden. In der „Aktion Selbstbesteuerung“ fallen diese verschiedenen Aspekte gar zusammen: Büro- und Honorarkosten sowie Projekte der genannten drei Bereiche werden solidarisch getragen durch viele. (Kontakt: Lerchenstraße 84, 7 Stuttgart 1.)

Edmund Erlemann

Arbeit und Geld teilen

Der „Volksverein Mönchengladbach“ gemeinnützige Gesellschaft gegen Arbeitslosigkeit mbH

Der folgende Beitrag informiert über eine Initiative, bei der für Arbeitslose Arbeits-, Bildungs- und Kommunikationsangebote gemacht werden. Durch Geldspenden und ehrenamtliche Mitarbeit praktizieren zahlreiche Christen das Teilen von Geld und Arbeit. Schließlich soll das Modell Erfahrungen machen lassen, daß man mit weniger Arbeit und Geld sinnvoll und richtig leben kann.

red

Kirche der Menschen . . .

möchten wir sein und immer mehr werden: eine Kirche, die in allem, was sie tut, vom Menschen ausgeht und für die alles, was Menschen betrifft oder betroffen macht, ganz wichtig ist. Wir, das sind viele Verantwortliche und Gemeindemitglieder der Kirche von Mönchengladbach. Wir fühlen uns der alten sozialen Tradition unserer Stadt, der Heimat des sozialen Katholizismus¹, ver-

¹ In Mönchengladbach hat der Volksverein für das katholische Deutschland (1890–1934) jahrzehntelang dazu beigetragen, Glaube und Leben der Christen in Deutschland miteinander zu verbinden. Während der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland kamen aus Mönchengladbach zentrale Beiträge zum Beschluß „Kirche und Arbeiterschaft“.